Ausgabe B.

Auswärts

Bezugspreis:
Erscheint wöchentlich sechsmal. — Preis: Bei der Post geholt vierteljährlich 3.40 Mk. Durch den Briefträger oder Boten 3.60 Mk.

Christlich-nationales Tageblatt

mit der Sonntagsbeilage „Für Herz und Haus".

Herausgeber D. Jaeger.

Anzeigenpreis:
Die einspaltige Petitzeile oder deren Raum 25 Pfg., Reklamezeile 1.00 Mk. Beilagen nach vorheriger Vereinbarung. Schluß der Anzeigen-Annahme nachmittags 3 Uhr.

Nr. 204. | Bielefeld-Bethel, Dienstag, den 2. September 1919. | Jahrgang 1.

Wer sich die Musik erliest,
Hat ein himmlisch Werk gewonnen;
Denn ihr erster Ursprung ist
Von dem Himmel selbst genommen,
Weil die lieben Engelein
Selber Musikanten sein. Luther.

Ein Laienwunsch an den Kirchentag.

Es war am 31. Oktober 1917. Eine feldgraue Gemeinde füllte die schöne große Stadtkirche in Vouziers an der Aisne. Am steinernen Antlitz der Jungfrau von Orleans vorbei, die vorn am Aufgang zum Altar ihr Banner hielt, rauschte der kräftige Gesang der deutschen Männerkehlen zum Jubeltage der Reformation. Mit tieferem Gefühl als in der Heimat und im Frieden fingen wir an das Hauptlied zu singen: „Ein feste Burg ist unser Gott." Aber, o weh! in der 5. Zeile wird aus dem mächtigen Gesang ein auseinanderstrebender Wirrwarr von Tönen. In der nächsten Zeile kommt man allmählich wieder zum Einklang und der Schluß wird annähernd wieder von allen gesungen. So gehts bei jedem Vers.

Was war der Grund? Wir Soldaten kamen aus Thüringen, Sachsen, Brandenburg, Württemberg, kurz aus verschiedenen deutschen Gauen. Nun haben wir im deutschen Reich zwar eine Sprache, ein Recht, eine Münze und noch vieles andere Einheitliche. Aber in der evangelischen Kirche Deutschlands gibts für jeden Staat und für jede Provinz ein anderes Gesangbuch.

Ein evangelischer Geistlicher hat sich die Mühe gemacht und nur die Singarten von „Ein feste Burg ist unser Gott" in den verschiedenen Choralbüchern verglichen. Er kommt zu dem Ergebnis: „Wir zählen heute im evangelischen Deutschland allein, außer den weniger verbreiteten bezw. nicht öffentlichen Choralbüchern, an 40 verschiedene Singarten." Und dann zeigt er, daß man in Lippe-Detmold anders singt als in Schaumburg-Lippe, in Mecklenburg-Schwerin anders als in Mecklenburg-Strelitz, in Brandenburg anders als in der Provinz Sachsen usw.

Ist dieser Zustand nicht beschämend?

Nun ist es nicht etwa eine Besonderheit mit dem altbekannten Lutherlied, wenn auch eine Besonderheit, die schon manche evangelische Feier, manches große Gustav-Adolf-Fest gestört hat. Nein, unsere anderen Kernlieder teilen dasselbe Schicksal. „Jesus, meine Zuversicht" hat zum Beispiel in der pommerschen Singweise eine völlig andere Schlußzeile als in der sächsischen. In der vorletzten Zeile gehen die Weisen bereits einmal einen halben Ton auseinander, für musikalische Ohren eine besondere Qual. In Mars La Tour hatten wir 1918 eine Bibelstunde bei einem Feldgeistlichen aus Pretzsch an der Elbe. Wir sangen „Ich will dich lieben meine Stärke" aus dem bremischen Gesangbuch. Die Schlußzeile war zwei Silben länger als der Pfarrer und meine Kameraden kannten. Nun mußte ich unsere sächsische Singweise, die zur bremischen Zeile paßt, vorsingen. Dann erst konnte der Gesang beginnen. Ich habe im Felde und bei mehrfachem Aufenthalt in Pommern wirklich beobachtet, daß kaum ein Lied gleichen Text und gleiche Singweise in den verschiedenen deutschen Gauen hat.

Nun denke man an die vielen Menschen, die der Beruf zwingt, aus ihrer Heimatprovinz oder aus ihrem Heimatstaat auszuwandern, vielleicht auch wiederholt zu wandern. Insbesondere an manche Gattung unserer Fabrikarbeiter. Manchmal geht es nur ein paar Meilen weit, etwa in Thüringen. Dann kann man in der Kirche sein früheres Gesangbuch nicht mehr brauchen. Ein neues anzuschaffen ist bei kinderreichen Familien keine Kleinigkeit. Geht man aber mit einem geborgten Gesangbuch zum Gottesdienst, dann kann man doch nicht mitsingen wie in der Heimat, anderer Text und andere Melodie machen einem die ganze Feier fremd. Eine fremdartige Liturgie tut vielleicht noch ein übriges, kurz, man kommt nicht wieder. Die Gesangbuchkleinstaaterei ist geradezu ein vorzügliches Mittel, die Leute aus der Kirche herauszutreiben.

Ja aber die Pietät gegen das historisch Gewordene? So höre ich den oder jenen älteren Theologen einwenden. Erlaubt sie einen so kühnen Schritt wie das deutsche Einheitsgesangbuch? Da will ich nur die Gegenfrage stellen: Glaubt ihr, daß man in der vergangenen Zeit, als wir noch einen König hatten, auch das Lied „Den König segne Gott" in den verschiedenen Landesteilen etwa verschieden gesungen hätten und auch verschieden weitergesungen hätten, wenn sich daraus wiederholt Störungen bei Festen ergaben? Würde man nicht vielmehr gesagt haben: Das verlangt ja der einfachste Respekt vor dem König, daß wir solche Unstimmigkeiten schleunigst beseitigen!

Dem König aller Könige aber sollten wir weniger Respekt entgegenbringen als unserem irdischen Landesherrn?

Außerdem bliebe es ja keiner Landeskirche und keinem Provinzialkirchenverband verwehrt, alte Lieblingslieder, die das Reichsgesangbuch nicht aufnimmt, in einem kurzen Nachtrag zu sammeln, ebenso wie wir vor einigen Jahren unserem Landesgesangbuch einen Anhang neuer Lieder beigefügt haben.

Im Jahre 1916 hatte ich in einem Berliner Blatt über diese Frage geschrieben. Ich bekam daraufhin auch einen Brief aus der Schweiz, in dem es hieß: „Gestatten Sie dem Pfarrer der deutschen lutherischen Gemeinde in G., einer über 200 Jahre alten Kirche im fremdsprachigen Ausland, Ihnen warm dankend die Hand zu drücken. Was jetzt, Gott sei Dank, in der Heimat deutlich unangenehm empfunden wird, die Verschiedenheit in Sprache und Melodie auch unserer Kernlieder, ist für uns schon lange eine Not. Zu uns kommen Lutheraner aller deutschen Gaue, wenn auch selten vielleicht aus Mecklenburg, so doch aus den baltischen Provinzen, ja aus Serbien und Amerika, ganz abgesehen davon, daß auch Schweizer Reformierte nicht fern bleiben." Eine andere lebhafte Zustimmung kam von einem deutsch-böhmischen Geistlichen.

Gerade die deutsche Not der Gegenwart zwingt uns dazu, um die evangelischen Brüder in allen Ländern ein neues gemeinsames Band zu schlingen. Wir müssen stärken, was sterben will, oder wir sind unseres Christennamens nicht wert.

Erfreulicherweise sind Anfänge gemacht. Ein bescheidener Anfang ist unser kleines Feldgesangbuch. Ein weiterer Schritt ist das deutsche evangelische Gesangbuch für die Schutzgebiete und das Ausland von 1915. Leider schreibt mir der Schweizer Pfarrer davon: „Das mag ein guter Anfang sein, mehr aber nicht. Denn — wir haben es gründlich durchgesehen und durchgesungen — die Vorliebe für Archaismen im Text, manchmal sogar Verflachungen machen es nicht mehr lieb, die Melodien dagegen erscheinen vielfach gekünstelt und dem alten, unnachahmlichen deutschen Choralschatz entfremdet. Sorgen Sie in der Heimat dafür, daß hier weiter gearbeitet wird."

Das wollen und können wir. Und es ist auch nicht schwer. Unsere Kirchenkörper brauchen nur eine Kommission zusammenzusetzen, die frisch an die Aufgabe herangeht. Sie wird, wenn sie ganze Arbeit leistet, mit den Gemeinschaften, deutschen Auslandskirchen und deutschen Freikirchen Fühlung nehmen und dort wertvolles Material finden, ich denke an den neuen „Evangelischen Psalter" der Evangelischen Gesellschaft für Deutschland. Sie wird den geschichtlich und musikalisch bestberechtigten Tonsatz herausfinden, wobei sie für das Lutherlied gründliche Arbeit schon in „Ein feste Burg auf einerlei Weise" von Tondichter und Pfarrer Camillo Feller-Carlsbad getan findet. Sie wird für die Lieder auch eine Tonlage suchen, die uns Männern erlaubt mitzusingen, ohne die Kehle dauernd durch hohe Töne zu quälen, wie es jetzt manchmal geschieht. (Übrigens auch ein Grund mit, warum Männer nicht zur Kirche kommen). Die Kommission wird ferner entsprechend unserm neuzeitlichen Empfinden rythmische, bewegte Singweisen an geeigneter Stelle heranbringen. Sie wird mit verständnisvollem Ohr auch Lieder aus dem Schatz unserer Tage suchen und finden, die unsere Gottesdienste beleben und bereichern. Denn daß wir an gottbegnadeten Dichtern, die der Gemeinde ein neues Lied sängen wie einst David, gänzlich veramt wären, das glaubt wohl niemand. Ein Aufruf zur Sammlung solcher verstreuten Perlen würde sicher einen Erfolg haben. Überhaupt wird eine freiwillige Mitarbeit der ganzen lebendigen Christenheit deutscher Zunge notwendig und einer weitherzigen Kommission nur willkommen sein.

Zur Einführung in den Gemeinden wäre nötig, daß bei jedem Lied die Noten beigedruckt sind. Dann wird die Gewöhnung an die neue, manchmal abweichende Einheitssingweise keine ernste Schwierigkeiten mehr machen. **Druckt man aber einmal Noten, dann kann man auch, wie ich es am Rhein gefunden habe, den vierstimmigen Notensatz drucken. Es gibt — die Kameraden, die im Felde waren, geben mir wohl recht — mehr Leute, die vierstimmig mitsingen können, als man gewöhnlich denkt. Für viele wird es dann eine Lust sein, im vollen Chor mitzusingen, und der freudige gehobene Gemeindegesang wird wieder andere locken und ihnen einen Begriff von der rechten Freude des Christenherzens geben.**

Und die Kosten? Sie würden trotz Massenherstellung sicher den einzelnen häufig schwer treffen, wenn er für seine Angehörigen plötzlich neue Gesangbücher anschaffen müßte. Aber das läßt sich vermeiden. Für den Anfang und für lange Zeit genügt es, daß die Kirchengemeinden eine Anzahl Gesangbücher kaufen und in den Kirchen zum Gebrauch auslegen. Die Minderbemittelten können dann die Geldausgabe für ein eigenes Buch zu gelegener Zeit machen.

Heute braucht unser Volk nichts mehr als eine religiöse Erneuerung und Erstarkung. Alle Hindernisse, die im Wege stehen, müssen hinweg. Darum muß endlich auch unsere kleinliche Gesangbuchnot schwinden. Es ist hohe Zeit. Gebe Gott, daß unseren Alten und Jungen in Stadt und Land, die jetzt nur sentimentale Volkslieder und Gassenhauer singen, noch einmal eine Ahnung aufdämmert von der Wahrheit des Wortes: „Lobet den Herrn! Denn unsern Gott loben, das ist ein köstlich Ding; solch Lob ist lieblich und schön." —

Rechtsanwalt Nicolai in Augustusburg (Erzgb.).

Mehr Kohlen!

Von A. Pohlman-Hohenaspe.

Trotz aller idealen sozialen Bestrebungen und Theorien wird man an der einen fundamentalen Tatsache nicht vorübergehen können, daß der mächtigste Hebel allen Schaffens der menschliche Eigennutz ist. Und eine andere unumstößliche Lehre ist die, daß der Mensch stets und zu allen Zeiten seine Bedürfnisse auf dem für ihn leichtesten Wege zu befriedigen sucht.

Erkennt man dieses, so ist gar nicht verwunderlich, daß unsere Produktion auf fast allen Gebieten, insonderheit der Kohlenversorgung, seit der Beseitung der alten straffen Ordnungen und dem beinahe restlosen Übergang zum Tageslohn, ungeheuer zurückgegangen ist. Denn beim Tagelohn wirken beide obengenannten Prinzipien produktionshemmend. Warum soll man sich anstrengen, wenn man für ein größeres Quantum Kohlen, das man zutage fördert, nicht mehr bekommt als für ein geringes, oder in anderen Worten: warum soll man nicht den leichtesten Weg wählen, um den Tagelohn zu verdienen und schließlich einen noch immer leichteren?

Wäre es angesichts dieser Tatsache nicht angebracht, einmal den Versuch zu machen, den Eigennutz wieder wirken zu lassen, indem man an die Stelle der Lohnarbeit die Produktionsgenossenschaft setzt? Geredet und geschrieben ist ja genug über diesen Gegenstand. Jetzt ließe sich vielleicht zum Wohle des Ganzen etwas damit erreichen, wenn sich der Staat entschlösse, einmal einige seiner Gruben an solche Genossenschaften zu übergeben. Allzu rentabel werden sie ohnedies heute nicht sein. Es würde also kein großes Opfer bedeuten, wenn der preußische Staat zu seinen Arbeitern sagen würde: Hier habt ihr eine Grube, bildet eine Genossenschaft, wählt eure Beamten, die Kohlen unter der Erde sollt ihr umsonst haben; habt ihr sie gefördert, gehören sie euch, verkauft sie so gut, wie ihr könnt, aller Verdienst gehört euch, nur für den Gebrauch und die Abnutzung der Maschinen muß ich euch etwas berechnen nach Sätzen, die ihr selbst werdet als recht und billig anerkennen müssen. Alle Arbeiter der Grube müssen Genossen sein, Lohnarbeiter gibt es auf dieser Zeche nicht mehr. Wer sich der Genossenschaft nicht anschließen will, wird versetzt und Genossenschaftsmitglieder treten an seine Stelle.

Der preußische Staat ist ja in der glücklichen Lage, solchen Versuch machen zu können. Bewährt er sich, kann man ihn ausdehnen. Hauptsache ist doch, daß Kohlen gefördert werden, und es wäre merkwürdig, wenn hier die Triebfeder des Eigennutzes versagen sollte. Mehr können

doch die Arbeiter nicht verlangen, als daß ihnen die Bodenschätze frei zur Verfügung gestellt werden und sie sich in den ganzen Nutzen teilen, der aus ihrer gemeinsamen Arbeit fließt.

Schon nach kurzer Zeit würde sich feststellen lassen, wie hoch die Mehrausbeute an Kohlen auf diesen Gruben im Vergleich zu anderen sein würde, wo die reine Lohnarbeit herrscht, und ob sich eine Ausdehnung dieses Verfahrens empfiehlt. Jedenfalls wird hier dem Eigennutz Gelegenheit gegeben, sich so zu entfalten, daß er auch dem Wohle der Allgemeinheit dient, während er unter den Verhältnissen, wie heute die Lohnarbeit gehandhabt wird, nach der entgegengesetzten Seite wirkt.

In einer solchen Genossenschaft hat der Arbeiter nicht mehr das Gefühl, einer Gruppe von Kapitalisten die Dividende zu erhöhen oder für einen rein begrifflichen Fiskus sich abzumühen, sondern für sich selbst zu arbeiten. Sein Eigennutz wird ihn auch dazu führen, seine Genossen zu überwachen nach der Richtung, daß ihre Arbeitsleistung nicht hinter der seinigen zurückbleibt, so daß ein gegenseitiger Ansporn nach dem erstrebten Ziele erhöhter Förderung vorhanden ist.

Dazu kommt, daß gerade der Bergbau sich zu Versuchen mit Produktivgenossenschaften ganz besonders eignet, weil es sich bei der Förderung um ein Massengut handelt, für das der Verbrauch unmittelbar gegeben ist. Überall, wo es sich um Qualitätsarbeit handelt, um Herstellung von Waren, für welche Absatzgebiete gesucht und erobert werden müssen, wird der Genossenschaftsgedanke versagen, hier kann keine Organisation den vorausschauenden und schaffenden Unternehmer ersetzen, aber auf die Förderung unserer Bodenschätze läßt er sich ohne weiteres übertragen.

Es läge auch etwas ungemein Erzieherisches darin. Der Arbeiter würde in dem engen und für ihn übersehbaren Kreise lernen, wie notwendig die harmonische Zusammenarbeit aller ist. Die Pflicht zur Arbeit wird in ihm lebendig, und wenn sie einmal wieder ein Stück seiner selbst geworden ist, wenn auch der Kreis der Genossenschaften sich mehr und mehr weitet, dann wird er eines Tages gelernt haben, einzusehen, daß sein ganzes Volk im Grunde eine große Produktiv- und Konsumgenossenschaft ist, für welche es ebensogut eine Arbeitspflicht gibt, wie für den engen Kreis einer Grubengenossenschaft.

Leider sind wir von dieser Erkenntnis heute weiter entfernt denn je. Aber kein Schritt, der diese Erkenntnis zu fördern geeignet wäre, sollte unversucht bleiben, wieviel mehr, wenn auch ein unmittelbarer praktischer Nutzen daraus hervorgehen kann, wie in unserem Falle eine erhöhte Kohlenförderung.

„Deutsche Warte".

Exzesse in Mitau.

Das Haus der englischen Vertretung geplündert.

Der Kommandierende General Graf v. d. Goltz hat nachstehenden Tagesbefehl an die ihm unterstellten Truppen erlassen:

Am 25. August abends haben etwa zweihundert Mann deutsche und in russischen Diensten befindliche Soldaten plündernd die Stadt durchzogen, haben die lettische Kaserne, dann das Haus der englischen Mission geplündert und die Lettische Bank zu plündern versucht. Gemeine Plünderungssucht ist die einzige Triebfeder für ihr Handeln. Die Schandtaten solcher Lumpen schänden den deutschen und russischen Namen. Der Gouverneur hat durch Bereitstellung von Waffen und Nachtpatrouillen Vorsorge getroffen, daß sich solche Vorfälle nicht wiederholen. Auf jeden Plünderer ist rücksichtslos zu schießen, wenngleich die Kugel fast zu schade für solches Gesindel ist.

*

Wie wir erfahren, hat der lettische Gesandte in Berlin dem Reichsminister Hermann Müller ein Telegramm mit einem Protest überreicht. Reichsminister Müller verurteilte durchaus die Uebergriffe. Er erklärte, daß er nach wie vor an der beschleunigten Räumung Kurlands durch die deutschen Truppen festhalte und sprach die Hoffnung aus, daß es den Truppenführern gelingen werde, die Truppen zur Aufgabe ihrer Widersetzlichkeit zu bringen.

*

Gemeinsame Front gegen die Bolschewisten.

Nach Einnahme von Pleskau durch die Bolschewisten ist die Lage an der Front ernst. Nach einer Besprechung in der englischen Mission zu Mitau zwischen dem Vertreter des estnischen Höchstkommandierenden und dem Führer des Detachements Keller ergab sich eine Einigung zwecks einer gemeinsamen Besetzung der Front.

Eine Meldung des Blattes „Politiken" aus Reval besagt, daß durch den Fall Pleskaus die russische Nordarmee eine Katastrophe erlitt: die Armee sei völlig aufgerieben worden. Gewaltige Vorräte seien in die Hände der Bolschewiki gefallen. Zwischen den Bolschewikiu nd der estländischen Regierung hätten Friedensverhandlungen begonnen.

Ein mißlungener Putsch.

Verhaftung der Aufwiegler in Ludwigshafen.

Der Putschversuch der Anhänger der Freien Pfälzischen Republik ist gründlich mißlungen. Nach einer der „Frankfurter Zeitung" von zuverlässiger Seite zugegangenen Meldung ist eine Anzahl der Aufwiegler in Ludwigshafen bereits in der Donnerstagnacht verhaftet worden sein. Angeblich sollten überall in der Pfalz die Regierungsgebäude, die Bezirksämter, die großen Postanstalten und auch die größeren Banken besetzt werden. In der Erwartung dessen wurden Gegenmaßregeln getroffen, die hauptsächlich darin bestanden, daß diese Gebäude sehr stark mit treuen Männern besetzt wurden. Von dieser Tatsache war z. B. auch der französische Kommandant verständigt worden, wie denn die ganze Angelegenheit nicht sehr geheim gehalten wurde. Die Franzosen hielten am Donnerstag abend ihre Truppen in Bereitschaft. Es zogen einzelne Patrouillen durch die Stadt, die in scharfer Weise gegen Passanten, wie insbesondere gegen Gruppenbildungen vorgingen.

Proteststreik der Arbeiterschaft.

Die Arbeiterschaft von Ludwigshafen ist fest entschlossen, sich von einer Handvoll ehrlosen Gesindels nicht den Franzosen auf Gnade oder Ungnade ausliefern zu lassen. Im Laufe des Freitag Vormittag schwirrte das Gerücht um, der Oberbürgermeister Graß sei verhaftet worden, weil er die Stadtkasse über den Rhein in Sicherheit gebracht habe. Auch in Frankenthal kam es während der gleichen Nacht zu Unruhen, die jedoch von weniger schweren Folgen begleitet waren. Freitag nachmittag haben fast sämtliche Arbeiter und Angestellten der Ludwigshafener Fabriken und Handelsbetriebe die Arbeit niedergelegt als Protest gegen die Vorgänge am Freitag. Die Eisenbahn- und Postbeamten sind entschlossen, sich dem Streik anzuschließen, bis die verhafteten Beamten freigelassen werden. In den Hauptverkehrsstraßen durchziehen Patrouillen die Stadt Ludwigshafen und fordern stehenbleibende Personen auf, ihren Weg fortzusetzen. Die allgemeine Ausrufung der Republik ist indes nicht erfolgt.

Die erste verbürgte Darstellung.

In Mannheim liegen folgende einwandfreie Meldungen vor: Das Hauptpostamt Ludwigshafen war seit mehreren Tagen von Schutzleuten, Postbediensteten und Arbeitern zum Schutz gegen den bevorstehenden Putsch besetzt. Diese Tatsache war den Franzosen bekannt, insbesondere den französischen Kontrolloffizieren. Die gegen 4 Uhr morgens Einlaß begehrenden Zivilisten wären niemals eingelassen worden, wenn nicht französische Offiziere und Soldaten sie begleitet hätten. Der Postverwalter wurde im Handgemenge durch einen Unterleibschuß schwer verletzt und starb durch Verblutung, da niemand ihm helfen durfte (!). Sämtliche Schutzleute und Postbedienstete mußten die Hände hochhalten und wurden so von den Franzosen abgeführt. Sie befinden sich noch in Haft. Wer die Zivilisten waren, die eindrangen, konnte noch nicht festgestellt werden, da ja alle Zeugen des Ueberfalls sich in französischer Haft befinden. Der Putsch war ohne Zweifel ein örtlicher Versuch, das amtliche Gebäude unter Mithilfe französischer Soldaten in Besitz zu nehmen. Die Erregung in der Bürger- und Arbeiterschaft ist unbeschreiblich. Es herrscht allgemeine Arbeitsruhe. Der Generalstreik droht auszubrechen, wenn die Verhafteten nicht entlassen werden.

Protest der Pfälzer.

In Ludwigshafen fand eine Versammlung statt, an der rund 2000 Männer aller Parteien und die Führer aller Gewerkschaften teilnahmen. Die machtvolle Versammlung führte zu einer eindrucksvollen Kundgebung für das Deutschtum in der Rheinpfalz und zu einer scharfen Abrechnung mit den Französlingen und ihren Protektoren. Mit rücksichtsloser Offenheit wurde die bisherige Vergewaltigung der Pfalz gegeißelt und mit voller Einmütigkeit eine Entschließung angenommen des Inhalts:

Die Arbeiterschaft Ludwigshafens wird am Montag die Arbeit wieder aufnehmen. Sie erwartet jedoch von den französischen Behörden, daß alle unschuldig Verhafteten sofort auf freien Fuß gesetzt werden. Ist das bis Montag nicht der Fall, wird die Arbeit in der ganzen Pfalz eingestellt. Weitere Vergewaltigungen der persönlichen Freiheit werden durch entsprechende Aktionen der Arbeiterschaft und Bürgerschaft beantwortet werden. Die Presse- und Versammlungsfreiheit ist sofort herzustellen, ebenso volle Bewegungsfreiheit für Regierungs- und Verwaltungsstellen. Die Versammlung bedeutet einen vollen Erfolg der reichsdeutschen Bevölkerung, insbesondere auch der Arbeiterschaft, die sich einmütig mit Einschluß der unabhängigen Sozialdemokratie hinter ihre Führer stellte.

*

Von berufener Seite wird die politische Lage in der Pfalz nach wie vor als sehr ernst beurteilt. Wenn auch der neue Putsch der Landauer Hochverräter mißlungen ist, so darf doch damit die von Dr. Haas und seinen Gesinnungsgenossen entfachte Bewegung auf Begründung einer Republik „Freie Pfalz" keinesfalls als abgetan gelten. Dafür ist die materielle und moralische Unterstützung, welche die Franzosen den pfälzischen Absplitterungsbestrebungen zu teil werden lassen, viel zu nachhaltig. Die Hochverräter finden fortgesetzt bei der französischen Militärbehörde eine so starke Rückendeckung, daß auch weitere bewaffnete Putschversuche für die nächste Zeit durchaus im Rahmen der Möglichkeit liegen. Wie es den Anschein hat, sind die Aufrührer mit Waffen versehen gewesen, die aus eroberten deutschen Heeresbeständen stammen dürften, und es liegt die Annahme nahe, daß diese Bewaffnung auch nicht ohne Zutun der Franzosen erfolgt ist.

Befreiung der Kriegsgefangenen.

Der Beschluß des Obersten Rates.

Nachdem bereits die „Vossische Ztg." auf Grund einer ihr von zuverlässiger Seite zugegangenen Mitteilung die baldige Heimsendung unserer Kriegsgefangenen melden konnte, wird nunmehr eine offizielle Note des Obersten Rates der Alliierten veröffentlicht, die allerdings immer noch keine genaue Zeitangabe für die Rückkehr der Gefangenen enthält. Wir lassen den Wortlaut der Note des Obersten Rates folgen:

„Um so rasch wie möglich die durch den Krieg verursachten Leiden zu mindern, haben die alliierten und assoziierten Mächte beschlossen, den Zeitpunkt des Inkrafttretens des Friedensvertrages mit Deutschland, soweit er den Rücktransport der deutschen Kriegsgefangenen betrifft, vorzudatieren. Die Vorbereitungen zum Rücktransport werden sofort beginnen, und zwar durch eine interalliierte Kommission, der ein deutscher Vertreter angegliedert werden soll, sobald der Vertrag in Kraft getreten ist.

Die alliierten und assoziierten Mächte weisen aber ausdrücklich darauf hin, daß diese wohlwollende Haltung, von der die deutschen Soldaten so große Vorteile haben, nur dann von Dauer sein wird, wenn die deutsche Regierung und das deutsche Volk alle ihnen obliegenden Verpflichtungen erfüllen."

Ein amtlicher deutscher Kommentar.

Die Nachricht, daß jetzt endlich der von uns allen so sehr ersehnte erste Schritt zur Freilassung unserer gefangenen Brüder getan werden soll, wird, so wird von zuständiger Seite zu dem vorstehenden Beschlusse des Obersten Rates erklärt, in ganz Deutschland freudig begrüßt werden. Es ist jedoch lediglich der erste Schritt. Die Kriegsgefangenen werden nicht sofort entlassen werden. Das geht schon aus der — weniger erfreulichen — Bestimmung des Obersten Rates hervor, daß der deutsche Vertreter an den Verhandlungen der Vorbereitungskommission erst

---

Riga.

Riga, Himmelfahrt 1919.

(Aus der Rigaschen Zeitung.)

Die Sonne strahlt über dem schönen befreiten Riga, fröhliche Menschen in hellen Kleidern wandern auf den Straßen und feiern wohl das schönste Himmelfahrtsfest ihres Lebens. Nur wer näher hinschaut, sieht manches gramdurchfurchte Gesicht, in dem keine Freude mehr das Erinnern an die Ermordung des Liebsten vermindern kann, sieht die Zeichen des Hungers der Rigaschen Bolschewistenzeit auf den Gesichtern aller, die im Frühlingssonnenschein die hinter ihnen liegenden Zeiten vergessen wollen.

Aber Riga ist erwacht zur Tat und Lebensfreude.

Meine Gedanken wandern zurück zu dem Tag der Befreiung, wie wir um Mitternacht des 22. Mai in einer kleinen Panjestube in Kolnezeem die letzten Befehle des Oberbefehlshabers der baltischen Landeswehr, Majors Fletcher, entgegennahmen, — sehr ernst, denn der frontale Angriff auf Riga schien uns militärisch gewagt. Dann kam der Gedanke an die Opfer, die es kosten würde, wie mit jedem Schritt vorwärts von uns die Bolschewistenhunde in Riga die Geiseln, Frauen und Greise abschlachten würden. Ein unglaublicher Wille nach vorwärts lebte in allen. So rückten wir in die Nacht hinein. Als das Frühlicht dämmerte, war der erste Widerstand im dichten Walde gebrochen. Maschinengewehrgeknatter und das Brüllen der Geschütze grüßte den jungen Morgen. Wir hatten den Feind in der Lake und ließen ihn nicht los, packten ihn, wo er sich stellte, jagten ihm nach auf dem engen Bohlenpfade durch das Sumpfland. Unglaublich gewagt, denn rechts und links drohte der Tod des Ertrinkens. Vorn stand der Feind. Wir kamen durch und erreichten festen Boden, wir hatten die Straße nach Riga. Es war acht Uhr morgens, da standen wir im Rücken des Feindes. 30 Kilometer waren wir vorwärts gestürmt ohne Atempause; immer uns schlagend, immer siegend. Auf keine Deckung nach rechts und links, auf keine Fühlung nach hinten bedacht, drang ein Häuflein entschlossener Männer vorwärts, mitten ins Bolschewistenheer. Vor uns lag Riga, und so jagten wir die letzten 16 Kilometer Trab und Galopp hinein in die Stadt, ritten und schossen um, was sich uns in den Weg stellte, ließen die völlig überraschten Bolschewiki nicht mehr zur Besinnung kommen, wer da eigentlich über das holprige Pflaster der Rigaschen Vorstadt rasselte. Weit hinter uns ließen wir den zurückgehenden Feind, er mochte am Ziele sich mit uns schlagen. Das Ziel hieß: die Brücke von Riga.

Die Brücke von Riga fest in unserer Hand — das war der Sieg, das war die Rettung tausender Menschenleben, denn wenn der Hauptteil unserer Landeswehr am Abend vor der zerstörten Brücke stand und konnte nicht hinüber über die Düna —, jede Stunde hätten die Mörder drüben benutzt, um furchtbar zu hausen. Ein Vormittag von unglaublicher Tat lag hinter uns. Nun grüßte die Mittagssonne über die Düna. Eine wilde Freude erfaßte alle. Da lag die Brücke. Bei den Häusern vor der Brücke standen Maschinengewehre; im Galopp bis an das Ende der Brücke! Wir hatten Verluste, doch ein gütiger Stern stand in diesem Augenblick über uns und unserm Schicksal. Das Schicksal Tausender Menschen in Riga stand auf des Messers Schneide! — Der Bolschewist schoß schlecht, wir gut. Er 30 Meter vor uns, hinter sichern Mauern, wir auf einem Klumpen zusammengeballt auf der engen Holzbrücke. Wir blieben Sieger! Geschütze und Maschinengewehre wurden ans Ufer geschoben, die Brücke war unser! Wenige Schützen mit einem Geschütz und zwei Maschinengewehren waren am westlichen Ufer, ebensoviele standen am östlichen Ufer, alle bereit, den Kampf aufzunehmen mit den Bolschewisten, die wir zwischen uns und der folenden Hauptmacht getroffen hatten. Mindestens 15 Kilometer waren wir vor; so rasend schnell ging alles, und so hart und unbeugsam jagte ein Entschluß den anderen, daß sich in der Erinnerung schwer die Geschehnisse aneinanderknüpfen lassen. Jeder aber, der dabei war, wird nie das Gefühl der Entspannung vergessen, das er hatte, als um 12 Uhr mittags die Brücke von Riga unser war.

Dann zogen wir aus: 12 Stoßtruppleute, ein Geschütz und zwei Maschinengewehre, um die Zitadelle, das Hauptgefängnis von Riga, zu stürmen. Das Leben in den Straßen schien ausgestorben: der Schreck über das Höllenkonzert, das sich eben, wie aus der Erde herausgehoben, an der Brücke abgespielt hatte. Aber schon fingen die Kugeln wieder an zu pfeifen, heimtückisch aus Fenstern und Ecken. Hier holte die tödliche Kugel der Tapfersten, Baron Hans Manteuffel, Führer des Stoßtrupps, — und dann standen wir vor der Zitadelle.

(Schluß folgt.)

teilnehmen soll, wenn der Friedensvertrag in Kraft getreten ist. Aber die Tatsache, daß diese interalliierte Kommission, deren Einsetzung von der deutschen Delegation immer wieder auf das dringlichste gefordert wurde, jetzt endlich zusammentritt und sofort mit den Vorbereitungen des Rücktransportes beginnt, gibt uns die Hoffnung, daß die Vorarbeiten so schnell gefördert werden, daß die Entlassungen unmittelbar nach Inkrafttreten des Friedensvertrages beginnen können. Unsere Delegation in Versailles wird auch weiter nach Kräften bemüht sein, die Freilassung noch mehr zu beschleunigen. Das deutsche Volk kann diese Bemühungen um die baldige Erlösung seiner Brüder am besten dadurch unterstützen, daß es in wahrer Erkenntnis seiner ureigensten Interessen an dem baldigen Wiederaufbau der deutschen Produktionstätigkeit mitarbeitet und dadurch dem Deutschen Reich die Möglichkeit zur Erfüllung seiner Verpflichtungen gibt.

Endlich soll unseren Brüdern die langersehnte Freiheit werden. Wir wollen hoffen, daß jetzt keine weiteren Verzögerungen eintreten werden und wir unsere Brüder so bald als möglich in der Heimat begrüßen können. Allerdings soll der Rücktransport nur dann von Dauer sein, wenn das deutsche Volk alle ihm obliegenden Verpflichtungen erfüllt. Darunter dürfte die Entente vor allem die Lieferung der uns aufgegebenen Kohlenmengen und die Bereitstellung deutscher Arbeiter für den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete Frankreichs verstehen. An den deutschen Arbeitern wird es also in erster Linie liegen, ob sie ihren kriegsgefangenen Brüdern durch neue Streiks oder durch passive Resistenz eine neue Enttäuschung und neue Qualen bereiten, oder ob sie durch Bereitwilligkeit zu ernster, ununterbrochener Arbeit die unsäglichen Leiden der Gefangenen beenden wollen. Sie haben das Schicksal der Kriegsgefangenen so gut wie allein in ihrer Hand.

Wenn wir es auch auf das freudigste begrüßen, daß unseren schwer geprüften Gefangenen endlich die ihnen nur zu lange vorenthaltene Freiheit wiedergegeben werden soll, so können wir doch keineswegs anerkennen, daß die Entente durch ihren Entschluß Anspruch auf Dank erworben hat. Wenn sie sich selbst wohlwollender Haltung rühmt, so muß dem entschieden widersprochen werden. Denn was sie heute zu tun beginnt, hätte sie nach Recht und Gerechtigkeit längst vollendet haben müssen. Wahrlich sehr spät besinnt sie sich auf ihre Menschlichkeit und schreitet zur Erfüllung einer Pflicht. Wir wollen nur hoffen, daß die Entente ihre Worte ohne Verzug durch die Tat bekräftigen wird. Die Heimkehrenden dürfen sicher sein, daß alles versucht werden wird, sie nach Möglichkeit ihre Leiden vergessen zu machen, daß sie überall mit offenen Herzen und offenen Händen empfangen werden.

Zusammensetzung der Gefangenen-Kommission.

Nach einer Pariser Meldung hat die französische Regierung bereits einen Vertreter in der alliierten Kommission für die Heimbeförderung der Kriegsgefangenen ernannt. Ein deutscher Vertreter soll der Kommission bekanntlich erst angegliedert werden, sobald der Vertrag in Kraft getreten ist. Die interalliierte Kommission zur Rückbeförderung der deutschen Kriegsgefangenen hat Sonnabend vormittag im Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten in Paris ihre erste Sitzung abgehalten. Frankreich ist in dieser Kommission vertreten durch Oberst Jouvin und Herrn Alphand.

Die Wiederaufbauarbeiten.

Gründung eines Volksarbeitsamtes.

Aus den Vertretern der Gewerkschaften, aus Kreisen der Arbeiter, Architekten und Arbeitslosen ist dieser Tage ein Volksarbeitsamt gebildet worden, das sich mit der Frage des Wiederaufbaues der zerstörten Gebiete zu beschäftigen haben wird. Bei der Gründung dieser Körperschaft ist man von der Ansicht ausgegangen, daß nur Persönlichkeiten, die das Vertrauen der Arbeiter und der freischaffenden Berufsstände genießen, zu einer solchen Arbeitsgemeinschaft in Frage kommen könnten, und daß man von der Hinzuziehung der Großunternehmer absehen müsse. Das Volksarbeitsamt, dessen Vorsitzender der Parteisekretär Hermann Weise ist, wird im Namen der gesamten von ihm vertretenen werktätigen Masse mit der Regierung verhandeln, um einen Ausschuß von Vertrauensmännern in das zerstörte Gebiet zu entsenden, die aus eigener Anschauung die Unterlagen für das große Kulturwerk schaffen werden. Dieses Amt, welches das Vertrauen des Vollzugsrates Groß-Berlin besitzt, wird auch alle Vorschläge und Meldungen für den Wiederaufbau aus dem ganzen Reiche sammeln und sachgemäß ordnen, um sie für den künftigen Reichskommissar bereitzuhalten.

Hierzu erfährt eine Nachrichtenstelle, daß das Volksarbeitsamt eine Berechnung aufgestellt hat, nach welcher die Kosten für den Wiederaufbau auf 40 Milliarden Mark veranschlagt werden. Die gesamte Materialbeschaffung soll in eigene Regie genommen werden. Man will zu diesem Zweck Holzschneidereien, Ziegeleien und Kalkbrennereien, die jetzt durch den Kohlenmangel zum Stillstand gezwungen sind, sofort in Betrieb setzen. Hierzu ist es notwendig, daß auch die Kohlenbeschaffungsfrage geregelt wird. Zu diesem Zweck glaubt das Volksarbeitsamt auf die Kohlenreserven im Rheinlande, Westfalen und in Sachsen zurückgreifen zu können. Es sollen auch in den nächsten Tagen Verhandlungen mit den Binnenschiffern aufgenommen werden, um einen regeren Transport aus den Kohlenrevieren nach den Industriezentren zu ermöglichen. Weiterhin soll ein Aufruf an die Bergarbeiter ergehen, um die Kohlenförderung zu heben. Da dieser Aufruf aller Wahrscheinlichkeit nach keinen allzu großen Erfolg zeitigen dürfte, ist auch eine Konferenz mit den Vertretungen der einzelnen Gruben vorgesehen, um die Förderung zu heben. Das Volksarbeitsamt hat bereits seine Pläne in großen Umrissen den zuständigen Ministerien mitgeteilt. Im Laufe der nächsten Tage wird eine Konferenz stattfinden, an der außer dem Arbeitsminister auch der Reichskanzler teilnehmen soll.

Direkte Vergebung der Aufträge für den Wiederaufbau.

Nach der Einleitung der ersten Verhandlungen über Vergebungen von Lieferungen an die Entente zum Zwecke des Wiederaufbaues der zerstörten Gebiete sind Mitteilungen an das Reichswirtschaftsministerium gelangt, daß Vermittler und Schieber sich an Unternehmer herandrängen, um Aufträge des Reichswirtschaftsministeriums gegen Provision zu vermitteln. Die an der Vergebung der Arbeiten interessierten Kreise können vor dem Eingehen auf solche Angebote nur auf das nachdrücklichste gewarnt werden, da die Vergebungen der Arbeiten durch das Reichswirtschaftsministerium in einer Weise erfolgen werden, die jede Beteiligung derartiger Vermittler ausschließt.

Deutsches Reich.

— Der Papst hat das Abschiedsgesuch des Bischofs von Straßburg, Mgr. Fritzen, angenommen und ihn zum „Titularerzbischof ohne Residenzpflicht" ernannt. — Bekanntlich hat die französische Regierung unter Nichtachtung des zwischen Deutschland und dem Hl. Stuhl bestehenden Konkordats Mgr. Ruch, Bischof von Nancy, zum Bischof von Straßburg „ernannt".

— Nach einer Verfügung des preußischen Staatsministeriums ist von einer Beflaggung der öffentlichen Gebäude am Sedantage Abstand zu nehmen.

— Eine Probeabstimmung in der zu dem ehemaligen Herzogtum Meiningen gehörigen Grafschaft Camburg über die Schaffung eines Freistaates Großthüringen oder den Anschluß an Preußen ergab eine Mehrheit von zwei Dritteln der abgegebenen Stimmen für den Anschluß an Preußen.

— Am 5. September beginnt die Besprechung des Gesetzentwurfes über die Entschädigung der Kolonialdeutschen mit den Interessenten. Man hegt die Hoffnung, daß das Gesetz berechtigten Ansprüchen im weitesten Maße entgegenkommen werde.

— Der frühere Zentrumsabgeordnete für den Landkreis Cochem (Rheinland), der Weingutsbesitzer Pauly, gestorben.

:: **Die deutsche Verfassung vor dem Obersten Rat.** Der Oberste Rat in Paris behandelte den französischen Protest gegen die neue deutsche Reichsverfassung, die den Artikel 80 des Friedensvertrages verletze, da sie Vertreter Deutsch-Oesterreichs, wenn auch nur mit beratendem Votum, zu den Sitzungen des Reichsrates zuläßt. Der amerikanische Delegierte Post blieb auf seinem alten Standpunkt stehen, daß diese Frage eine rein rechtliche und keine politische sei und deswegen der Prüfung der Rechtsbeistände vorbehalten bleiben müsse. Es scheint übrigens, daß die meisten Rechtskommissionen der verbündeten Delegationen mit Ausnahme der französischen der Meinung sind, daß eine Verletzung des Artikels 80 des Friedensvertrages durch die deutsche Verfassung nicht erfolgt ist.

:: **Die Reise des Reichspräsidenten.** Sonnabend vormittag trafen der Reichspräsident Ebert und Reichswehrminister Noske zum Besuche der hessischen Regierung in Darmstadt ein. Die Herren wurden am Bahnhofe vom hessischen Ministerpräsidenten Ulrich, den Ministern und den Präsidenten der Landesämter sowie dem preußischen Geschäftsträger begrüßt. Bei dem offiziellen Empfang im Staatsministerium, zu dem auch Mitglieder der Volkskammer, Vertreter der Militärbehörden, der Stadt usw. geladen waren, begrüßte Ministerpräsident Ulrich die Herren der Reichsleitung mit einer Ansprache, in der er betonte, daß gerade Hessen zu den Ländern des Reiches gehörte, die infolge des entsetzlichen Zusammenbruchs verhältnismäßig arg zu leiden haben. Nahezu ein Drittel des Landes ist feindlich besetzt. Dazu kommt die Gefahr, die durch eigene Volksgenossen droht, denen das Verständnis, ja selbst das Gefühl für die Not des Vaterlandes so völlig abhanden gekommen ist, daß sie sich nicht scheuen, ihr Volk zu verraten. Hierauf erwiderte Reichspräsident Ebert in einer längeren Ansprache, in der er den Dank des Reiches für Hessens Treue zum Reich aussprach und weiter betonte, daß die Reichsleitung volles Verständnis für die durch die feindliche Besatzung besonders schwierige Situation in Hessen habe. Er habe die Ueberzeugung, daß der gegenwärtige schwierige Zustand nicht lange andauern wird, wenn alle Berufe daran arbeiten, daß die Erkenntnis in die weitesten Kreise des Volkes, bis zum letzten Arbeiter, dringt, daß nur mit der Treue zum Reich die Zukunft des deutschen Volkes gewährleistet ist.

:: **Eine Rede Hindenburgs.** Anläßlich des fünfjährigen Jahrestages der Schlacht von Tannenberg brachten die Schüler der Hannoverschen Schulen dem Feldmarschall v. Hindenburg eine Huldigung dar. Auf eine Ansprache der Menge erwiderte der Feldmarschall unter anderem: „Wenn es mir gelungen ist, heute vor fünf Jahren einen glänzenden Sieg zu erringen, so führe ich dieses auf Gottes Fügung und auf den Geist der mir anvertrauten Truppen zurück. Dieser Geist darf uns nicht verloren gehen, wenn auch jetzt traurige Zeiten für uns angebrochen sind. Wir dürfen den Mut nicht sinken lassen, dürfen nicht zu Parias der Gesellschaft, zu Heloten unserer Feinde werden. Wir müssen wieder werden, was wir damals waren, als in Versailles das neue Deutsche Kaiserreich gegründet wurde, wobei ich mich unter denjenigen befand, die das erste Hoch auf den Kaiser ausbringen konnten. Der Geist dieser großen Zeit darf uns nicht verloren gehen in dieser schlappen, falschen Zeit, dafür hat die kommende Jugend zu sorgen. Und der Geist, der aus Ihren Worten spricht, gibt mir die Gewähr dafür, daß sie wiederkommen wird, wenn ich sie auch nicht mehr erleben werde. Ich muß unser deutsches Vaterland von dort oben wiedersehen, frei von Gemeinheit, Falschheit und Unwürde."

:: **Eine Hansabundpartei?** Nach Blättermeldungen sind im Hansabund Bestrebungen im Gange, eine eigene Partei des Mittelstandes und der freien Wirtschaft zu begründen und bei den nächsten Reichstagswahlen selbständig vorzugehen. Der Propagierung dieser Idee dient auch eine seit kurzem neu erschienene Zeitung, der „Hansa-Kurier", hinter dem der Hansabund steht. Die weitere Durchführung dieser Idee dürfte jedenfalls zu lebhaften Kämpfen auch innerhalb des Hansabundes selbst führen.

:: **Die Preußische Handelskammer gegen das Reichsnotopfer.** Der Landesausschuß der preußischen Handelskammern hat zum Reichsnotopfer folgenden Beschluß gefaßt: Zur Abhilfe der finanziellen Not des Reiches wie zur Förderung des sozialen Ausgleiches ist der Besitz im weitesten Maße zu Steuerleistungen heranzuziehen. Das Kapital darf aber nicht derart konfisziert werden, daß das Unternehmertum leistungs- und kreditunfähig wird. Ohne ein leistungs- und kreditfähiges Unternehmertum ist der völlige Zusammenbruch der deutschen Volkswirtschaft unabwendbar. Der vorliegende Gesetzentwurf eines Reichsnotopfers muß unbedingt abgelehnt werden, weil er Industrie und Handel und alle darin schaffenden Kräfte mit dem Untergang bedroht. Will man unter voller Berücksichtigung des eingangs aufgestellten Grundsatzes diese Gefahr abwenden, so ist der allein geeignete Weg hierfür die Verbindung einer die Leistungs- und Kreditfähigkeit des Unternehmertums hinreichend schonenden Kapitalsabgabe mit einer hohen Einkommensteuer. Beides kann nur im Zusammenhange miteinander bearbeitet und beurteilt werden.

:: **Die Milliardenkosten der Eisenbahn.** Nach einem Artikel des Staatsministers Oeser in der „Frankfurter Zeitung" über die wirtschaftliche Bedeutung der Staatseisenbahnen ist zu entnehmen, daß die Ausgaben der preußischen Staatseisenbahnen im laufenden Halbjahr acht Milliarden Mark erheblich übersteigen. Die preußische Verwaltung hat über den Haushaltsplan hinaus gewaltige Summen zur Verfügung gestellt; allein für die Beschaffung von rollendem Material 1,8 Milliarden Mark. Die Werke sind aber bei den heutigen Arbeitsbedingungen nicht in der Lage, ihre Lieferungsverpflichtungen zur rechten Zeit zu erfüllen. Insgesamt sind Lieferungen von 560 Lokomotiven und 14 000 Wagen rückständig. Statt 70 000 Arbeiter werden 166 000 in den Werkstätten beschäftigt, und trotzdem sind in der vergangenen Woche mehr Lokomotiven zur Reparatur gekommen, als solche ausgebessert dem Verkehr zurückgegeben wurden. Die Anzahl der Beamten, Angestellten und Arbeiter mit gegenwärtig 804 000 übersteigt weit den Friedensstand. Infolge der Demobilisierungsvorschriften hat die Verwaltung außer ihrem eigenen Personal, das aus dem Kriege zurückkam, noch 210 000 neue Kräfte aufgenommen. Bisher wurden rund 20 000 Kriegsbeschädigte eingestellt.

:: **Versammlungsbesuch als „Arbeit".** Eine bemerkenswerte Rechtsentscheidung hat der Zentralarbeiterrat des Siemens-Konzerns getroffen. Der Leitung des Glühlampenwerkes der Siemenswerke wurde die Mitteilung gemacht, daß drei unabhängige Arbeiterräte dem Lohnbüro wöchentlich Aufstellungen über 60 bis 65 Arbeitsstunden einreichten, die bezahlt wurden, obwohl die Arbeitszeit für alle Angestellten des Werkes auf 46½ Stunden wöchentlich festgesetzt war. Die drei Arbeiterräte ließen sich jede Ueberstunde mit 3,30 Mark bezahlen, erhielten also wöchentlich im Durchschnitt annähernd 50 Mark mehr als die übrigen Arbeiter. In der Untersuchung erklärten die drei Arbeiterräte, daß sie den Besuch der Versammlungen nach Dienstschluß sowie sonstige Tätigkeit „im Interesse der Arbeiterschaft" als Dienst betrachteten und dafür von der Firma Bezahlung verlangten. Infolgedessen übergab die Leitung des Werkes die Lohnschiebungen der drei unabhängigen Arbeiterräte dem Zentral-Arbeiterrat und dieser fällte die Entscheidung, daß hier eine unrechtmäßige Bereicherung vorliege, enthob diese Arbeiterräte ihres Postens und zwang sie, in einer öffentlichen Versammlung die Erklärung abzugeben, daß sie Lohnschiebungen begangen und einen unrechtmäßigen Gewinn eingesteckt hätten.

:: **Die Sonderbündler am Niederrhein.** Die Kölner Aktivisten haben ihre Tätigkeit jetzt an den Niederrhein verlegt. In München-Gladbach fand in den letzten Tagen eine Versammlung von Anhängern zur Errichtung eines rheinischen Freistaates statt. Nach der „Westdeutschen Landeszeitung" wurde die sofortige Volksabstimmung verlangt und gegen den „Maulkorbparagraphen" des Artikels 18 energisch Stellung genommen. Ein Ortsausschuß wurde gebildet, der mit dem Kölner Hauptausschuß in Verbindung treten soll. In Cleve sprach der Vorsitzende der Kölner Aktivisten Dr. Müller. In der Aussprache wurde dem Redner von mehreren Arbeitern heftig widersprochen.

:: **Parteitag des westfälischen Zentrums.** In Anwesenheit von etwa 700 Delegierten fand in Hamm (Westfalen) der Parteitag der westfälischen Zentrumspartei, der erste seit Kriegsbeginn, statt. Nach verschiedenen Referaten und einer ausgedehnten Debatte wurde eine Entschließung angenommen, in der es u. a heißt: „Der Parteitag der westfälischen Zentrumspartei billigt die Haltung der Zentrumsfraktion in der Nationalversammlung und der preußischen Landesversammlung. Der Parteitag begrüßt die erfolgreiche Mitarbeit der Fraktion in landwirtschaftlichen, sozialen, kulturellen und Steuerfragen und spricht der Zentrumsfraktion sein volles Vertrauen aus." Im Laufe der Debatte erklärte der Abgeordnete Becker-Arnsberg, daß er bereits seit Februar zum Unterstaatssekretär im Reichsarbeitsministerium vorgeschlagen, bis jetzt aber noch nicht ernannt worden sei. Ein solches Possenspiel, so meinte er, dürfe sich die Partei nicht länger gefallen lassen.

Rundschau im Auslande.

‡ Das belgische Königspaar wird am 22. September zu einem zweimonatigen Aufenthalt nach Amerika reisen und dort auch mit Kardinal Mercier zusammentreffen, der bereits am 2. September nach Amerika reist, um dort zwei Monate zu bleiben.

‡ Die amerikanische Regierung richtete an die Pariser Wiedergutmachungskommission das Ansuchen, die Einfuhr eines Halbjahresbedarfes an Farbstoffen aus Deutschland zu gestatten.

Polen: Polnische Kriegstreiberei.

‡ Die Delegation der oberschlesischen Polen in Warschau wurde vom Chef des Staates nach ihrer Ankunft nicht empfangen, hielt aber eine eingehende Besprechung mit dem Ministerpräsidenten Paderewski ab. Warschauer Blätter berichten, daß die Delegation den Warschauer Pressevertretern erklärte, die an der Grenze Oberschlesiens stehenden polnischen Soldaten rissen sich förmlich nach einem Kampf mit den Deutschen und erwarteten ungeduldig den Angriffsbefehl der Regierung. In den Posener Protestversammlungen erklärte der General Dowbor-Musnicki, daß die polnischen Truppen ohne Befehl ihrer Regierung nicht vorrücken könnten, daß aber niemand dem Volke verwehren

könne, als Freiwillige zu bewaffneter Hilfe nach Oberschlesien zu eilen. Aehnliche Entschließungen zur Bildung von Freiwilligenverbänden wurden in Krakauer Versammlungen gefaßt. — Paderewski hat für die aus Oberschlesien geflüchteten Insurgenten, die in Polen einem großen Elend entgegengegangen sind, eine halbe Million Mark gestiftet. Paderewski bemerkt ausdrücklich, daß dieser Betrag für die Bedürfnisse der Opfer der preußischen Gewalttaten in Oberschlesien bestimmt ist. — Die Scharmützel mit polnischen regulären Truppen an der oberschlesischen Grenze halten weiter an.

Böhmen: Der Streik um des Teschener Kohlenrevier.

‡ Die Bergwerksfrage von Teschen in Oesterreich-Schlesien soll so gelöst worden sein, daß im großen und ganzen Polen recht bekommen habe. In Prag, der Hauptstadt der Tschechoslowakei, fanden bereits Protestversammlungen gegen die Zuerkennung von Teschen an die Polen statt. Die einzelnen Redner erklärten, daß die Tschechen bis zum letzten Blutstropfen für ihr Recht eintreten würden und auch vor einem Krieg mit Polen nicht zurückschreckten. In Mährisch-Ostrau ist jetzt auch der Streik der Teschener Bergarbeiter proklamiert worden.

Rußland: Sieg Koltschaks — Niederlage Denikins.

‡ Die englischen Blätter melden, daß die Bolschewisten einen großen Sieg über Denikin errungen und zahlreiche Gefangene sowie große Beute gemacht haben. Die Don-Kosaken unter General Martow, denen es gelungen sei, die bolschewistische Front zu durchbrechen, sind vollständig abgeschnitten worden. Eine aus Freiwilligen bestehende Offiziers-Division hat 400 Offiziere an Toten und 160 an Gefangenen verloren. Das gesamte Astrachaner Infanterie-Regiment ist gefangen genommen worden. — Anderseits ist, der „Morning Post" zufolge, in London ein Telegramm aus Omsk eingetroffen, wonach die Truppen Koltschaks die Bolschewisten südwestlich von Troitsk zum Rückzug gezwungen und ein Sowjetregiment vernichtet haben. Sie machten 14 000 Gefangene und erbeuteten Geschütze, Eisenbahnwagen und sonstiges Kriegsmaterial. — Nach den letzten Meldungen sollte die Rückzugsstraße Koltschaks von den Bolschewisten arg bedroht gewesen sein. Man wird abwarten müssen, welcher von den beiden Siegesprätendenten weniger gelogen hat.

Vereinigte Staaten: Der drohende Eisenbahnerstreik.

‡ Durch Abstimmung wird wahrscheinlich am 2. September ein Eisenbahnerstreik verkündet werden. In 20 Staaten werden 65 Streiks durchgeführt werden, die sich auf etwa 300 000 Arbeiter erstrecken. Dadurch, daß der Friedensvertrag verzögert worden ist und Unzufriedenheit hervorgerufen wurde, hat der Senat die Lage sehr verschlimmert. In Pittsburg ist es aus Anlaß des Eisenbahnerstreiks zu schweren Zusammenstößen gekommen, bei denen zahlreiche Personen verwundet wurden. — Der Vollzugsrat der Verbände der Arbeiter in den Eisenbahnwerkstätten empfahl die Annahme von Wilsons Angebot, demzufolge der Lohn eine geringe Erhöhung erfahren soll, bis das Ergebnis des Regierungsanerbietens, die Kosten des Lebensunterhalts zu verringern, feststehe.

Lokal- u. Provinzialnachrichten

Bielefeld, 2. September 1919.

— **Zum Kongreß für Innere Mission.** Wegen des in einigen Wochen vom 22. bis 25. 9. in Bielefeld tagenden Kongresses für Innere Mission möchten wir über den Ursprung und Zweck dieser für die ganze deutsche evangelische Kirche und ihre Arbeit am Volk längst bedeutsam gewordenen Tagungen einiges vorausschicken.

Es war im Revolutionsjahre 1848, als in Wittenberg ein erster deutsch-evangelischer Kirchentag stattfand. Unter dem Vorsitz des damaligen Kurators der Universität Bonn, v. Bethmann-Hollweg, und des namhaften Staats- und Kirchenrechtslehrers Stahl waren 500 Freunde der Kirche versammelt, um über die Vereinigung der evangelischen Kirchengemeinschaften Deutschlands zu einem Kirchenbunde zu beraten. Verfassungsfragen standen in erster Linie auf dem Programm, doch wurde als letzter Punkt noch „die Förderung christlich-sozialer Zwecke, Vereine und Anstalten, insbesondere der Inneren Mission" nachträglich eingesetzt. Der Urheber der unter dem Namen „Innere Mission" kräftig aufblühenden Bewegung, die auf Erweisung des christlichen Glaubens durch Taten rettender Liebe ausging, ein 40jähriger Hamburger Theologe Johann Hinrich Wichern, hatte diese Berücksichtigung durchgesetzt. Er wußte diese praktische Frage gleich so eindrucksvoll zu betonen, daß sie entgegen der Ordnung des Programms, auf Antrag des Präsidenten mehr in den Vordergrund gezogen wurde. Am zweiten Tage der Verhandlungen wurde Wichern aufgefordert, über diese Sache zu sprechen. Ohne besondere Vorbereitung (Wichern war gerade von einer beschwerlichen Hilfsaktion aus den vom Hungertyphus heimgesuchten Bezirken Schlesiens zurückgekehrt) hielt er eine fünfviertelstündige Rede, die ganz aus dem Impuls des Augenblick geboren, aber aus dem Untergrund reicher Arbeitserfahrung und warmer Herzenshingabe erwachsen war. „Nur zweimal in meinem Leben", so schrieb Wichern später, „habe ich das sichere, mich überkommende Bewußtsein davon gehabt, daß Gott mir in außerordentlichem Maße die volle Kraft des Wortes verlieh, das erste Mal 1833 im Hamburger Schneideramtshause, das zweite Mal bei meiner Rede über die Innere Mission auf dem 1. Wittenberger Kirchentage". „Es tut uns not", so hatte er u. a. gesagt, „daß die Kirche in ihrer Gesamtheit anerkenne: Die Arbeit der Inneren Mission ist mein, die Liebe gehört mir wie der Glaube. Die rettende Liebe muß ihr das große Werkzeug werden, womit sie die Tatsache des Glaubens erweist." Diese Rede, höchste Begeisterung weckend und zu voller Einmütigkeit hinreißend, wurde eine Tat, ihre Frucht wurde die bleibendste Frucht des Kirchentages überhaupt. Durch seinen Beschluß wurde die Innere Mission — bis dahin Privatsache einzelner — zur Sache der deutschen evangelischen Kirche, in das kirchliche und vaterländische Leben fest eingebaut. Ihre Organisation kam sogleich in einem Zentralausschuß für Innere Mission zum Ausdruck. Wichern selbst, bis dahin Vater und Herold der Inneren Mission, wurde nun ihr großzügiger Organisator. Seit 70 Jahren stellt nun die Innere Mission die umfassendste Arbeitsorganisation der deutschen evangelischen Kirche dar. Die alle zwei Jahre stattfindenden Kongresse für Innere Mission überlebten die alten Kirchentage. Sie wurden ein einigendes Band für alle evangelischen Kirchengemeinschaften Deutschlands, wurden zur Heerschau aller zum rettenden Liebesdienst willigen Kräfte. Sie haben lange Jahrzehnte hindurch einen Überblick gegeben über die Notwendigkeiten der Zeit, über die Arbeiten der Inneren Mission mit ihren nunmehr über 60 Sondergebieten christlicher Liebestätigkeit in Wort und Werk. Den Facharbeitern gaben sie Gelegenheit zum Austausch der Erfahrungen und zur Erkenntnis neuer Aufgaben. Geistlichen und Laien in allen Landesteilen Deutschlands Anregung zur Kenntnisnahme und zur Mitarbeit, den Vertretern der Behörden mancherlei Veranlassung, aus der Arbeit der Inneren Mission für die staatliche Wohlfahrtspflege und Gesetzgebung Nutzen zu ziehen.

Der Kongreß für Innere Mission fand schon einmal, im Jahre 1877, in Bielefeld statt. Unser Pastor Jordan half ihn vorbereiten. Der letzte Kongreß vor dem Kriege tagte 1913 in Hamburg, hatte etwa 1200 eingeschriebene Teilnehmer, und gab Hamburger Bürgern Anlaß, in großartigem Maßstabe Gastlichkeit zu beweisen. Der diesjährige 38. Kongreß wird sich den Zeit- und Ortsverhältnissen gemäß in einen äußerlich bescheidenen Rahmen einfügen. Reiseschwierigkeiten werden die Zahl auswärtiger Besucher erheblich einengen. Als Arbeitskongreß wird er aber auch der Bielefelder Bürgerschaft mit seinen reichen Darbietungen beachtenswert werden. Wir werden den Lesern noch weiteres darüber mitteilen. Sch.

— **Bielefelder Kriegsnotgeld!** Das Bielefelder Stadtgeld hat sich in weiten der Sammler einen guten Ruf zu erwerben und zu sichern gewußt. Die durch Wort und Bild festgehaltenen Kriegserinnerungen werden nach Jahr und Tag den künftigen Geschlechtern eine Erinnerung an die einstige Kriegszeit bieten. Die Nachfrage nach Bielefelder Stadtgeldanleihen ist eine so starke, daß einzelne Sammler sich 3500 Stück zulegten. Da die Notgeldscheine, ebenso wie die Briefmarken, durch ihre Seltenheit einen höheren Wert erlangen, ist der Sammeleifer verständlich. Von Sammlern wurden für einen ostpreußischen Notgeldschein 300 Mark und für den Abdruck einer alten Bielefelder Talermünze über 3000 Mark gezahlt. Es läßt sich daher eine außerordentliche Steigerung der gesamten Bielefelder Notgeldscheine erwarten, da Kriegsgeschichte und Kriegserinnerungen in ganz besonderer Eigenart auf ihnen festgehalten werden.

Bestellungen aus allen Teilen des In- und Auslandes laufen fortwährend bei der Stadt-Sparkasse ein. Einzelne Münzsorten sind bereits so knapp geworden, daß die Stadt-Sparkasse auch auf die bereits im Verkehr gewesenen Stücke zurückgreifen mußte.

— **Frühkartoffelausgabe im Landkreise Bielefeld.** An sämtliche Kartoffelversorgungsberechtigte werden in der Woche vom 31. August bis 6. September 1919 gegen Abgabe der Marke 7 der Frühkartoffelkarte pro Kopf 7 Pfund Frühkartoffeln ausgegeben, soweit die Anlieferungen rechtzeitig erfolgen. Der Tag der Ausgabe wird von den Herren Gemeindevorstehern ortsüblich bekanntgegeben.

Letzte Nachrichten.

Besprechungen des Polengenerals Haller mit der oberschlesischen Entente-Kommission.

Wie aus Sosnowice gemeldet wird, hatte General Haller daselbst eine wichtige Besprechung mit dem Chef der Militärmission der Entente, General Coode-var. Dieser begab sich darauf nach Kattowitz, um mit den deutschen Behörden über das Schicksal derjenigen Aufrührer zu beraten, die von den oberschlesischen Standgerichten zum Tode verurteilt waren. Auf seine Veranlassung wurde die Vollstreckung der Strafe hinausgeschoben.

Milderung des österreichischen Friedens?

Nach dem „Temps" ist der Oberste Rat der Alliierten im Laufe der Prüfung der österreichischen Gegenvorschläge zum Entschluß gekommen, die finanziellen und wirtschaftlichen Klauseln zugunsten von Deutsch-Oesterreich abzuändern. Inbetreff der Kriegsschuld sollen nunmehr für die Schulden der Bürger, die einem aus dem ehemaligen Oesterreich hervorgegangenen Staat angehören, von ihrem Heimatsstaat Ersatz geleistet werden. Inbetreff der Vorkriegsschuld soll beschlossen werden, daß auch die nicht durch Anleihen gedeckten Schulden zwischen allen Staaten geteilt werden, die der ehemaligen habsburgischen Monarchie angehörten. Außerdem soll im Vertrag festgesetzt werden, daß Polen und Tschecho-Slowakei verpflichtet sein sollen, Oesterreich Kohlen zu liefern.

:: **Vor neuen Unruhen in München?** In München herrscht bis zu einem gewissen Grade wieder Kriegszustand. Die Propagandatätigkeit der Kommunisten ist derart, daß die militärischen Sicherheitsmaßnahmen in der Stadt wieder verstärkt werden mußten. Die Reichswehrtruppen sind in den einzelnen Stadtbezirken auf Maschinengewehrposten aufgezogen.

:: **Sozialistischer Einigungsversuch in Nürnberg.** In Nürnberg hat eine Betriebsrätevers[illegible] die Vereinigung aller drei sozialistischen Parteien beschlossen. Der „Vorwärts" stellt sich zu diesem Beschluß sehr skeptisch. Er fürchtet, daß die „Einigung" auf einen Versuch hinausläuft, an den kommunistischen Triebwagen und den unabhängigen Anhänger noch einen sozialdemokratischen Anhänger zu hängen. Die Sozialdemokratie könne aber nicht im Namen der Einigung kommunistische Abenteuer mitmachen, die mit entsetzlichem Unglück und heilloser Verwirrung in den Reihen der eigenen Partei enden.

:: **Die Heeresverminderung aufgeschoben.** Der Reichswehrminister Noske erklärte in Darmstadt, daß im Einvernehmen mit den Alliierten die Herabsetzung der Heeresmacht in der Hauptsache erst im kommenden Frühjahr vorgenommen werden wird mit Rücksicht auf im Winter etwa neu auflebende Putsche und Unruhen. Ferner wies der Reichswehrminister darauf hin, daß die Unruhen in Oberschlesien nur durch das schnelle und energische Eingreifen der Reichswehr unterdrückt werden konnten, und daß die Reichsregierung fest entschlossen sei, bei allen ähnlichen Fällen mit der größten Schnelligkeit und mit der gleichen Schärfe vorzugehen, damit endlich Ruhe in Deutschland geschaffen werde. Bedauerlicherweise seien besonders die bürgerlichen Kreise noch nicht vom Vertrauen in die Zukunft des deutschen Volkes durchdrungen. Ohne dieses Vertrauen aber sei ein Wiederaufbau Deutschlands unmöglich.

Vormarsch gegen Petersburg und Moskau.

Havas meldet: Der konzentrische Vormarsch der alliierten Truppen gegen Petersburg und Moskau hat begonnen. An der Aktion nehmen in Verbindung mit den gegenrevolutionären Truppen über 350 000 Mann alliierte Truppen teil.

Englands „Abrüstung".

In Wellington (Neuseeland) erklärte der britische Admiral Jellicoe, daß von einer Verringerung der Ausgaben Großbritanniens für die Flotte nach seiner Ansicht nicht die Rede sein dürfe. Auf den Kopf der Bevölkerung würde ein Pfund Sterling entfallen. Die Dominien hätten die Pflicht, ihren Teil beizutragen und sollten ebenfalls ein Pfund Sterling zahlen. Wenn sie es wünschten, könnten sie damit eine eigene Flotte halten. Aber diese müßte dann in der Konstruktion und Ausbildung der Mannschaften genau zur englischen Reichsflotte passen und unter dem Oberbefehl der Londoner Admiralität stehen und dürfe nicht an den Küsten der Dominien festgehalten werden.

Für den Inhalt verantwortlich: W. Kraa, Bethel. — Druck und Verlag: Druckerei Bethel bei Bielefeld. Fernruf 74, Amt Bielefeld.

Alle für die Redaktion bestimmten Zuschriften sind zu richten nach Bielefeld Schließfach 141. Alles, was die Expedition betrifft, alle Inserate und Geldsendungen an die Geschäftsstelle Missionar Heienbrok, Bethel-Bielefeld. Postscheckkonto 7382 Hannover.

Ein feines Geschenkwerk für Frauen!

Statt Mk. 7.20 nur Mk. 2.85

und 10% Teurungszuschlag, Porto u. Verpackung außerdem.

Adolf und Anna Stöcker

Brautbriefe.

In hübschem Pappband geb., 325 Seiten Groß-Oktav.

Dieses Buch wird weit über den Kreis der Stöcker-Freunde hinaus, jedem Liebhaber von Biographien willkommen sein. Der Leser und die Leserin werden sich an diesem innersten Ausdruck gleichgestimmter edler Herzen, den fröhlich-ernsten Brautbriefen, deren reiner Idealismus nicht anders als erbaulich wirken kann, stets aufs neue erquicken. Zahlreiche, den Briefen hinzugefügte Lieder Stöckers an seine Braut sind ebenfalls in dem Band enthalten. Bei dem billigen Preis sollte dieses Buch in jeder Hausbibliothek Platz finden.

Bestellungen wolle man freundlichst richten an das

Antiquariat der Anstalt Bethel,

Bethel b. Bielefeld.



Gummiwaren!

Irrigatorschläuche
Luftkissen
Schwammbeutel
Spucknäpfe
Spuckflaschen
Zimmerklosetts
Biders.

Felkehaus. W. Küper

Inh. Alfred Küper,

— Viktoriastraße 3a. —

Städtische Volkshochschule

Winterhalbjahr 1919/20.

Beginn der Vorlesungen Mittwoch, d. 1. Oktober.

Vorlesungsverzeichnisse und Anmeldungen in der Geschäftsstelle, Altes Rathaus.

Evangel. soziales Frauenseminar
der Diakonissenanstalt zu Kaiserswerth a. Rh.

Theoretische und praktische Ausbildung für berufliches und ehrenamtliches Wirken auf dem Gebiete der Inneren Mission und sozialer Betätigung. Kursusdauer 2 Jahre. Vollendetes 20. Lebensjahr. Abschlußzeugnis eines Lyzeums oder Nachweis gleichwertiger Vorbildung. Beginn des nächsten Kursus 15. September 1919. — Prospekte durch die Leitung.

Zerrissene Strümpfe,
Wollne, Baumwollne, Seiden, Flachs werden schnellstens repariert bei
M. Jungblut
Altstädter-Kirchstr. 20.

Zur Erwerbsgründung
5000 chemisch-technische Rezepte Mk. 10.—, 1000 chemisch-technische Rezepte Mk. 6.—, zusammen Mk. 15.—. Beide Werke von Chemikern 1. Ranges Gegen Nachnahme. L. Schwarz & Co., Verlagsbuchhandlung, Berlin FA 14, Annenstr. 24.

Stellen- Gesuche u. Angebote
haben im „Aufwärts" sehr oft Erfolg.